

Aus unserer Sicht

Online-Nachrichten der SPD-Senioren Darmstadt



Ausgabe Nummer 7 vom 9. Dezember 2022

Gerhard Abendschein im Vorstand

Neustart der Interessenvertretung für ältere Menschen



Nach 2015 wurde am 23. September zum zweiten Mal die IV für ältere Menschen gewählt. Die Legislaturperiode musste wegen Corona um zwei Jahre verlängert werden. Drei Sitze konnten wir erringen. Dennoch können wir zufrieden sein. Mit Gerhard Abendschein kam ein exponierter ehemaliger hauptamtlicher Ver.di Mann in den vierköpfigen Vorstand. Seine Erfahrungen werden für die Interessenvertretung von Vorteil sein.

Im November wurden in einer Klausur erste Weichen gestellt. Ein Fahrplan wurde aufgestellt und die Besetzung der Fachaus-

schüsse mit Rederecht in geplant.

Unten: Alte Weggefährten!

SPD 60plus - das Gewissen der Partei



Macht mit bei uns! E-Mail: vorsitzende@spd-senioren-darmstadt.de



Hanno Benz, OB-Kandidat Anne Marquard und Bijan Kaffenberger, Landtag

Unsere Kandidat/in für 2023

OB-Wahl im März—Landtagswahl im Herbst

**Solidarisch durch die Krise –
Sicherheit und Perspektive für Alle**

Haushaltsanträge der SPD: großes Sozialpaket um Menschen in der Krise zu helfen

„Niemanden zurücklassen“ ist das Leitmotiv der SPD. Hieraus folgt für die Sozialdemokrat*innen, dass es wieder ein „Darmstadt für alle“ geben muss. Um das zu realisieren, hatte die Fraktion für die Haushaltsberatungen ein großes Sozialpaket geschnürt. Inhalt war unter anderem ein „Sozialfonds“ zur Unterstützung all jener, die es in der Energiekrise brauchen, ein „Sonderfonds Energie für Sportvereine“ zur Existenzsicherung des Breitensports, eine vorübergehende Absenkung der Grundsteuer B zur Entlastung aller und eine bessere Bezahlung für Erzieher*innen, die aus Sicht der SPD ohnehin längst ansteht. Die Koalition aus Grünen, CDU und Volt hatte jedoch alle Vorschläge abgelehnt.

„Niemand soll in dieser Krise im Stich gelassen werden. Dafür zu sorgen, ist auch Aufgabe der kommunalen Politik. Wir können und wir müssen vor Ort helfen. Bundes- und Landeshilfen alleine sind nicht ausreichend“, begründet Fraktionschefin Anne Marquardt die Haushaltsanträge. Hier zeigt sich der fundamentale Unterschied zwischen SPD und anderen Fraktionen. Die SPD hat die Menschen im Blick, andere die schwarze Null. Andere haben in der Krise finanziell offenbar nichts übrig für den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft, die SPD setzt auf antizyklische Wirtschaftspolitik, denn „alles, was wir jetzt investieren, entlastet später auch unsere Sozialkassen“, sagte SPD-Oberbürgermeisterkandidat Hanno Benz.

Überparteilicher Konsens zu Krisenhilfen auf Landesebene. Wieso geht das in Darmstadt nicht?

Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Darmstadt II, Bijan Kaffenberger, hat das aktuelle 200 Millionen Hilfspaket des Landes begrüßt und betonte: „Eckpunkte des Paketes haben wir gemeinsam mit CDU, FDP und Grünen festgelegt. Das Paket enthält Maßnahmen, die dort helfen, wo es dringend gebraucht wird und Hilfen des Bundes nicht optimal ankommen. Es ist wichtig, in schwierigen Zeiten einen breiten parlamentarischen Konsens herzustellen, um gemeinsam die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu bewältigen. Aber es wird mit dem, was nun beschlossen wurde, vermutlich nicht getan sein. Die überparteiliche Zusammenarbeit für Hilfspakete, damit Hessen bei der Krisenhilfe gegebenenfalls nachsteuern kann, muss fortgesetzt werden. Die SPD ist dazu bereit“, so Kaffenberger.

Die erneute Pleite von „Galeria Karstadt Kaufhof“ bedroht die Zukunft mindestens einer der beiden Darmstädter Filialen. Wegen der Nähe zu Frankfurt halten Branchenkenner sogar die Schließung beider Häuser für



möglich. Die SPD zeigt sich daher solidarisch mit den Beschäftigten. Wie Fraktionschefin Anne Marquardt und OB-Kandidat Hanno Benz nach einem Gespräch mit „ver.di“ und Betriebsrätinnen der Filialen ankündigten, werden sie die Aktionen der Gewerkschaft für den Erhalt der Arbeitsplätze unterstützen.

Galeria-Konzern ohne Verantwortung für das Personal

Es ist gerade mal zwei Jahre her, da stand der Galeria-Konzern schon einmal vor dem Aus. Die Rettung: Staatshilfen in Milliardenhöhe, zahlreiche Standortschließungen, Massenentlassungen, Tarifverzicht der Belegschaft, Zahlungsverzicht der Lieferanten. „Aber offenbar hat das Management nichts dazu gelernt und genau so weiter gemacht wie zuvor“, mutmaßt Benz. „Es ist ein Unding, dass die Folgen dieses Missmanagements nun erneut die Belegschaft treffen. Unternehmer haben auch Verantwortung für ihr Personal. Diese Verantwortung hat der Galeria-Konzern eklatant vernachlässigt“, ärgerte sich Benz.

So war einem Bericht der FAZ zu entnehmen, dass es sich beim Galeria Eigentümer René Benko um einen der reichsten Menschen Österreichs handelt. Im Zusammenhang mit Korruption steht er derzeit im Fokus der Staatsanwaltschaft. Zudem muss er sich aktuell wegen Bestechungsverdachts vor Gericht verantworten. In seiner internationalen Beteiligungs- und Industrieholding „Signa“ ist der Galeria-Konzern nur ein kleiner Baustein. Der Bilanzgewinn der Holding wird für 2021 mit 2,3 Milliarden Euro ausgewiesen. „Und am Ende seiner Unternehmungen stehen Geringverdiener*innen, die auf Lohn verzichten, um ihren Karstadt, ihren Kaufhof, zu retten und nun befürchten müssen, dennoch ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das ist unerträglich“, kritisierte Benz.

„So geht man einfach nicht mit Menschen um“, ärgerte sich auch Marquardt. „Viele der potenziell Betroffenen sind langjährige Mitarbeiter*innen und in einem Alter, in dem sie Gefahr laufen, keinen neuen Job zu finden, viele sind Frauen, viele davon arbeiten nur in Teilzeit.“

Die Solidarität der SPD gilt daher den Beschäftigten. „Und zwar nur den Beschäftigten“, wie Marquardt und Benz betonten. Bei „ver.di“ haben sie bereits Unterschriften-Listen erbeten. Eine Solidaritäts-Erklärung für die Stadtverordnetenversammlung ist in Arbeit. Hierzu die Fraktionschefin: „Gerne reichen wir diese Erklärung gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen ein. Die Darmstädter Kommunalpolitik muss nun ein starkes Zeichen setzen.“

Nationalismus - die Geißel der Menschheit

Heribert Prantl; Kolumnist der „Süddeutschen“ schreibt:

Unser Land lernt gerade. Es lernt, dass seine Menschen sich mit verschiedenen Ländern verbunden fühlen und trotzdem, hier, in Deutschland, zu Hause sein können. Unser Land lernt, dass eine Gesellschaft attraktiver wird, wenn sie vielschichtige Identitäten akzeptiert und respektiert. Unser Land lernt, dass es reicher wird, wenn es verschiedene Kulturen, verschiedene Lebensweisen integriert. Unser Land lernt, dass doppelte Staatsangehörigkeit, dass Mehrstaatigkeit kein Unglück ist und kein Missstand, aber auch kein Privileg – sondern "Ausdruck der Lebenswirklichkeit einer wachsenden Zahl von Menschen". Der Vorgänger von Frank-Walter Steinmeier, Joachim Gauck, hat das als Bundespräsident im Jahr 2014 gelernt und gesagt. Aber die CDU/CSU mag bei diesem Lernen nicht dabei sein. Sie war bei diesem Thema schon immer bockig, sie ist bockig und sie will bockig bleiben. Friedrich Merz, der CDU-Vorsitzende, redet über das Staatsbürgerschaftsrecht, als hätte er soeben ein Wochenendseminar bei der Desiderius-Erasmus-Stiftung der AfD hinter sich. Und Christian Dürr, der Fraktionsvorsitzende der FDP, assistiert ihm dabei...
-Zitatende-

K.W. Vor allem die autokratischen Regime nutzen den Nationalismus zur Stabilisierung der Diktatur. Das gilt aktuell ebenso für Russland, China, Saudi-Arabien oder Nord-Korea usw.

Nationalismus führt immer zum Krieg, sagte einst Frankreichs Präsident François Mitterrand. Jede Bekämpfung und Ächtung des Nationalismus ist Friedenspolitik!

